WISSENSGEIST.TV

Verbrechen gegen die Menschheit: Philipp Kruse entlarvt die WHO als Gefahr für Demokratie und Menschenrechte

Von Nicole Hammer, Wissensgeist.TV

Der Schweizer Rechtsanwalt Philipp Kruse hat in seiner aufrüttelnden Rede auf dem WHO-Symposium in Winterthur am Samstag, 1. März 2025 deutliche Kritik an der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und den geplanten Anpassungen der internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) geäussert. Er zeichnete ein düsteres Bild der Giganteninstitution: eine Organisation, die nach seiner Einschätzung nicht nur Versagen in der Pandemiebekämpfung gezeigt, sondern systematisch Täuschung, Manipulation und Machtmissbrauch betrieben hat. Seine Ausführungen lieferten argumentative Munition für Gegner zunehmender globaler Machtkonzentration und boten einen dringlichen Appell für die Verteidigung von Demokratie, Menschenrechten und nationaler Souveränität.

Die WHO als faktischer Kontrollapparat: Fremdsteuerung durch Täuschung
Kruse führte aus, dass die WHO bereits seit den ersten Monaten der Corona-Pandemie ein beispielloses Mass an Kontrolle über die globale Informationslandschaft erlangt habe. Ab Februar 2020 habe die WHO nachweislich alle grossen Social-Media- und Tech-Unternehmen, darunter Google, Facebook, Amazon und YouTube, angewiesen, nur noch offiziell sanktionierte Informationen zu veröffentlichen. „Einmal im Monat gab es Treffen, und die Spielregeln wurden dabei ganz klar vorgegeben: „Keine andere Information durfte verbreitet werden, als die, die von der WHO stammte," erklärte Kruse.

Diese Form der orchestrierten Informationskontrolle bezeichnete er als einen Angriff auf grundlegende demokratische Prinzipien: „Wenn Bürger keine unabhängigen Informationen mehr erhalten können, ist eine informierte Entscheidung in einer Demokratie schlichtweg nicht möglich." Es sei kein Zufall, dass genau dieser Punkt – die „Risikokommunikation" – auch in den geplanten Gesundheitsvorschriften der WHO fixiert werde. Dahinter stehe ein Programm, Informationshoheit zu schaffen und abweichende Meinungen zu unterdrücken.

Kruse formulierte es treffend: „Wir werden faktisch ferngesteuert – nicht durch militärischen Zwang, sondern durch die von unserer eigenen Regierung freiwillig akzeptierte Täuschung, dass die WHO unfehlbar sei." Er führte weiter aus, dass es absurd sei, einer Organisation blind zu vertrauen – insbesondere einer, die wiederholt klare Fehler gemacht habe: „Es gibt niemanden auf der Welt, der unfehlbar ist, und die WHO ist es definitiv nicht."

Täuschung der Bevölkerung: Ein inszeniertes Experiment
Kruse kritisierte besonders scharf, dass die Bevölkerung über die tatsächliche Gefährlichkeit der Pandemie sowie die Sicherheit und Wirksamkeit der mRNA-Impfstoffe konsequent im Unklaren gelassen worden sei. „Nie zuvor wurde der Bevölkerung ein Heilmittel mit solch alternativlosem Zwang aufgedrängt, dass gleichzeitig experimentellen Charakter trug," erklärte er. Der Rechtsanwalt erinnerte daran, dass niemand im Vorfeld genau wusste, welche Inhaltsstoffe die mRNA-Produkte enthielten oder welche Auswirkungen sie haben würden. „Das war ein wissenschaftliches Experiment – nicht mehr und nicht weniger."
Kruse zeigte auf, dass es sowohl im internationalen Völkerrecht als auch in der Schweizer Bundesverfassung klare Vorgaben gebe, wie in solchen Situationen zu verfahren sei. Artikel 10 Absatz 3 der Schweizer Bundesverfassung sowie der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR) besagen: „Niemand darf ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Experimenten unterworfen werden."
„Diese zwingenden Regeln sind das Ergebnis der grausamen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und wurden im Nürnberger Kodex festgelegt," führte Kruse aus. Doch während der Pandemie sei diese Grundregel ignoriert worden: „Regierungen, Parlamente und Gerichte haben entgegen diesen grundlegenden Prinzipien eine Zwangslage geschaffen."

Einfluss der WHO: Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat
Kruse machte deutlich, dass die geplante Ausweitung der Gesundheitsvorschriften der WHO nicht nur die individuelle Freiheit einschränken würde, sondern auch tiefgreifende Auswirkungen auf demokratische Systeme und die Gewaltenteilung habe. „Die WHO bewegt sich in Richtung einer zentralisierten Machtinstanz, die weder kontrolliert noch hinterfragt wird," erklärte er.

Er warnte davor, dass die neuen Vorschriften der WHO Möglichkeiten eröffnen würden, über nationale Regierungen hinweg Entscheidungen zu treffen, die tief in die Grundrechte und die Souveränität der Staaten eingriffsbereit sind. Diese Vorschriften würden eine „systematische Täuschung der Bevölkerung", die Aufhebung demokratischer Kontrollmechanismen und die Durchsetzung der Interessen multinationaler Konzerne, insbesondere der Pharmaindustrie, ermöglichen.

Kruse verurteilte diese Entwicklungen mit scharfen Worten: "Das ist ein Programm zur Eliminierung von Qualitätsstandards im pharmazeutischen und demokratischen Bereich, ein

Werkzeug zur Durchsetzung privatwirtschaftlicher Interessen – und ein direkter Angriff auf unsere verfassungsmässige Ordnung.“

Verbrechen gegen die Menschheit: Aufarbeitung zwingend notwendig
In einem der emotionalsten Momente seiner Rede sprach Kruse von einem „Verbrechen an der Menschheit“, das während der Pandemie begangen worden sei. "Die WHO hat uns eine Gefahr vorgegaukelt, die so nicht existierte, und Produkte als unverzichtbar verkauft, die schädlich und gefährlich sind.“ Seine Stimme wurde eindringlicher, als er erklärte: "Die Täuschung der gesamten Bevölkerung darf nicht ungestraft bleiben. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.“

Kruse forderte eine konsequente und unabhängige Aufarbeitung der Pandemie-Politik – auf nationaler sowie globaler Ebene. Grundlegende Prinzipien wie Freiwilligkeit, Informiertheit und der Schutz vor Zwang müssten wieder gestärkt werden: "Wenn wir weiterhin zulassen, dass Pharma-Interessen und Machtkonzentration Organisationen wie der WHO ermöglichen, ganze Staaten zu manipulieren, dann opfern wir unsere Freiheit.“

Ein Appell an die Bevölkerung: Sofort handeln
Kruse richtete schliesslich einen klaren Appell an die Zuhörer. Er forderte sie auf, aktiv zu werden und die geplanten Anpassungen der internationalen Gesundheitsvorschriften zurückzuweisen. "Es gibt zwei Petitionen in der Schweiz, die den entscheidenden Unterschied machen können,“ erklärte er.
- Die erste Petition fordert den Austritt der Schweiz aus der WHO. Organisiert von der EDU, sie attackiert das Problem an der Wurzel und bekämpft die wachsende Macht dieser Organisation.
- Die zweite Petition verlangt, dass der Bundesrat die neuen Gesundheitsvorschriften ablehnt, um Zeit für weitere Schritte zu gewinnen. Kruse betonte, dass diese Petition von allen Nationalitäten unterzeichnet werden kann: „Es geht nicht nur um die Schweiz – es geht um die Zukunft aller demokratischen Staaten.“

Kruse schloss seine Rede mit einem Zitat von Michail Gorbatschow: "Wer nicht aus der Geschichte lernt, ist verdammt, sie zu wiederholen.“ Er appellierte an die Zuhörer, wachsam zu bleiben und mutig für die Werte von Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit einzustehen. „Wir dürfen nie wieder zulassen, dass eine Organisation wie die WHO uns blind in ein autoritäres System führt. Es ist unsere Pflicht, die demokratischen Grundrechte zu verteidigen – für uns und für kommende Generationen.“

Fazit: Widerstand gegen WHO-Macht muss Priorität haben
Die Rede von Philipp Kruse ist ein mächtiger Weckruf an die internationale Gemeinschaft. Sie zeigt auf, wie weitreichend die geplanten Anpassungen der Gesundheitsvorschriften der WHO sind und wie gefährlich deren Realisierung für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte wäre. Sein Appell gipfelte in einer schlichten, aber mächtigen Botschaft: „Jetzt handeln, bevor es zu spät ist.“

Nicole Hammer
Wissensgeist.TV